



POLITIK / REDAKTION

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Indien heizt Grenzstreit mit China gefährlich auf

Vom Chumbi-Tal geht die Gefahr eines Atomkriegs aus

(SB) - Seit Jahren sind die USA eifrig darum bemüht, Indien in ihre Eindämmungsstrategie gegenüber der Volksrepublik China zu integrieren, zur Aufgabe seiner traditionell neutralen Außenpolitik zu bewegen sowie aus der rüstungspolitischen ... (Seite 5)

G20 Aktuell: Höllenszenen

von Peter Vlatten, 7. Juli 2017

Wie es anfing und was wird hier eigentlich inszeniert?

So fing es an (sogar laut Bild Liveticker ca. 20 Uhr, 6.7.2017):

"Etwa 1000 Vermummte mischten sich nach Angaben der Polizei unter die Demonstranten - was die Polizei nicht duldet. Sie stoppte den Zug und setzte Pfefferspray sowie mehrere Wasserwerfer ein. Sanitäter behandelten Verletzte. Über den Platz zogen Rauchschwaden!" Richtig, auch in der Abfolge, dargestellt!

Der Hamburger Polizeisprecher heute Morgen: "Die Polizei reagiert angemessen und wendet sich nur gegen erkennbar Gewaltbereite!"

Bleibt die Frage: was ist angemessen, wer eskaliert wirklich und wer verübt wann welche Gewalt?

Bei der "Straftat" einer Vermummung handelt es sich um Schals, Mützen, Brillen, die das Gesicht verdecken (angesichts der Drohung des Einsatzes von Wasserwerfern oder Pfefferspray könnte dies auch als eine vorsorgliche persönliche Schutzmaßnahme verstanden werden). Das von der

Polizei eingesetzte Pfefferspray dagegen gehört zu den international geächteten und in Kriegen verbotenen Chemiewaffen und verstößt sogar gegen das deutsche Tierschutzgesetz. Trotzdem wird es von der deutschen Polizei bei vielen Demonstrationen gerade gegen Menschen wie hier - und sogar bei nichtigeren Anlässen - massenhaft versprüht. Gedeckt von politisch Verantwortlichen, die nicht müde werden, sich über den Gebrauch geächteter Chemiegase im syrischen Krieg oder anderswo zu ereifern. Auch schon Anfang der Protestwoche, als unter Missachtung von Gerichtsentscheidungen der Aufbau von Übernachtungscamps durch die Polizei verhindert wurde, kam das Gas mit dem verharmlosenden deutschen Namen "Pfefferspray" zum Einsatz. Ausgerechnet Schlafplätze sollten ein besonderes Gefährdungspotential darstellen. Kein normal denkender Mensch hat diese behördlichen Spitzfindigkeiten und Schikanen verstanden, mit denen das brutale Vorgehen gegen absolut friedliche Protestteilnehmer gerechtfertigt werden sollte. Deeskaliert wurde die Lage nur durch weitere gerichtliche Klarstellungen und eine breite Welle der Solidarität von

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter:
MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse:
ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht:
Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung
(V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.

Kirchen und Hamburger Bürgern, die privat Schlafplätze zur Verfügung stellten. Bisher ist kein einziger Fall bekannt, dass sich einer der Gäste (mit vermeintlichem "Gefährdungspotenzial") danebenbenommen hätte. Was sich nun über die Zustände in Polizeicamps - wie bekannt - nicht behaupten lässt.

Auf den unzähligen Videodokumenten sehen wir alles andere als Verhältnismäßigkeit.

Es werden Journalisten niedergeschlagen. Mit einem brutalen Polizeirammbock werden Menschen überlaufen und in Massen gegen eine Mauer getrieben. Ihnen bleibt nichts übrig, als reflexartig eine Abwehrhaltung einzunehmen. Einmal losgelassen, scheinen der deutschen Staatsmacht selbst internationale Regeln und Menschenrechtsstandards, die in Kriegen einzuhalten sind, egal zu sein. Auch nicht Vermummte, die sich mit hochgehaltenen Händen ergeben und ihre Friedfertigkeit dokumentieren, werden rücksichtslos niederknüttelt. Schon vor dem 6. Juli wurde berichtet, dass Sanitäter behindert wurden, einem Schwerverletzten zu helfen. Merkel trifft ungefähr zeitgleich Erdogan. Erzählt sie ihm etwas über Pressefreiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit?

Bis zum "präventiven" Angriff der Polizei war alles friedlich, danach überall Eskalation

Wie die Bilder zeigen: Vor der Auflösung war auch der vermummte Teil der Demonstration (ca. 800 von 12.000 Personen) friedlich und diszipliniert. Dann mit dem Polizeiangriff fielen Fla-

schen (auch von Zuschauern auf der Brücke) und schließlich Steine. Harmlose bengalische Feuer (die auch auf einer Veranstaltung des Staatstheaters gezündet werden) verwandeln sich in der Nacht zu brennenden Autos. Eingeschlagene Fensterscheiben. Randalen in mehreren Stadtteilen. Natürlich nicht legal und blinde Zerstörung. Aber die Polizei begründet ihren Angriff damit, durch ihr präventives Eingreifen eine Gewalteskalation zu verhindern. Passiert ist das genaue Gegenteil.

Warum ausgerechnet diese Gipfel Inszenierung in einer Großstadt wie Hamburg?

Werden hier wirklich bis zu geschätzt 400 Millionen Euro Steuergelder verpulvert, um - wie manche behaupten - die Selbstdarstellung der deutschen Regierungschefin und des Hamburger Bürgermeisters zu bedienen? Oder treibt hier eine Law und Order Elite mit Sicherheitspolitik ein perfides Spiel?

Resultat der internationalen juristischen Aufarbeitung des Gipfels in Genua mit seinen Polizeiprovokationen, unzähligen Verletzten, nachgewiesener Folter und sogar einem Toten war: Das Großereignis wurde vom damaligen italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi systematisch zur Verunglimpfung seiner demokratischen Gegner und zum Aufbau von "Law und Order" missbraucht. Und vor allem: ein Gipfel dieser politischen Art gehört nicht in eine Großstadt! Diese danach allseits anerkannte Grundregel wurde nun nach ca. 25 Jahren von der Bundesregierung gebrochen. Wer einen solchen Gipfel in eine Großstadt wie

Hamburg verlegt, provoziert Unsicherheit, schränkt hunderttausende Bürger in ihrer Bewegungsfreiheit ein, verschleudert riesige Mengen an Steuergeldern, läuft allein dadurch Gefahr, letztlich selbst Gewalt auszulösen. Hinzu kommt das oben geschilderte Anheizen, Überreagieren und Schikanieren durch die eingesetzten Ordnungsbehörden. Ist das alles bodenlose Stümperei?

Die in der Großstadt Hamburg versammelten Regierungschefs führen mit einer Mischung aus Neoliberalismus und neu aufgeflammtem Nationalismus die Welt an den Abgrund. Ihre Politik ist keine Lösung, sondern ist das Problem aller wichtigen Fragen der Menschheit. Sei es Ökonomie, Krieg und Frieden, Klima, Menschenrecht und Demokratie. Viele der Mächtigen befürchten zunehmenden Protest. Statt ihre Politik zu ändern, wird mit Polizeiknüppel reagiert.

So auch wohl zunehmend bei uns. In einer Spirale von Eskalation und Provokation wird vor der Teilnahme am Protest eingeschüchtert. Zunehmend wird der Protest kriminalisiert, um die Legitimation zu haben, jede Art Kritik und Widerstand "im Keim zu ersticken". Jetzt und in Zukunft.

In einer eindrucksvollen WDR Dokumentation wurde nachgewiesen, dass der "schwarze Block" in Genua mit Sicherheitsleuten durchsetzt und von ihnen sogar gelenkt wurde. Aus dem Umfeld der benachbarten Roten Flora in Hamburg sind in den letzten Jahren etliche Fälle bekannt geworden, in denen V-Leute oder sogar eingeschmuggelte Polizeibeamte zu Straftaten ange-

stachelt oder selbst begangen haben sollen. Wer kann sicher sein, dass es diesmal nicht wieder so ist? Die Parallelität der Choreographie der Ereignisse von Genua und Hamburg sind bisher jedenfalls verblüffend.

Sicher ist auf jeden Fall: die Gewaltspirale hätte durch eine andere Ortswahl und ein deeskalierendes und weniger provozierendes Verhalten der Sicherheitsbehörden vermieden oder eingedämmt werden können. Obendrein hätte man sich hunderte von Millionen Steuergelder und unzumutbare Einschränkungen für die Bürgerschaft einer Millionenmetropole sparen können. Vom Schaden für unsere Demokratie ganz zu schweigen. Nicht der "Schwarze Block" ist hierfür verantwortlich, sondern die Entscheidungsträger für die Durchführung des Gipfels.

Hier ein Link zu einem der vielen Videos, die die Ereignisse ungeschminkt dokumentieren:
<https://www.facebook.com/neuesdeutschland/videos/1451656514913063/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail:
johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/ticker/btip0011.html>

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / TICKER / PROTEST

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Zehntausende protestieren friedlich und bunt in Hamburg für eine Solidarität ohne Grenzen

Nachricht vom 9. Juli 2017

Hamburg - 09.07.2017. Mit einem sehr bunten und sehr friedlichen Demonstrationzug von mehreren zehntausend Teilnehmenden wurde in Hamburg gestern ein kraftvoller Abschluss zu den Protesttagen zum G20 Gipfel gegeben. Diese bestanden aus Workshops, Diskussionsrunden, Kunstaktionen und einem alternativen Gipfel mit Tausenden Teilnehmenden und prominenten Sprechern aus den Bereichen der Menschenrechte, des Klimaschutzes und der Friedenspolitik. Die Forderungen zusammengefasst: eine gerechtere, eine friedlichere und eine umweltschonendere Welt ist möglich. Das Vertrauen, dass die Regierenden der G20 dies erreichen können oder wollen, hat bei dem abschliessenden Protestzug fast niemand.

Vielleicht blieben einige weg wegen der vergangenen Gewaltexzesse, aber andere kamen auch gerade deswegen. "Um ein Zeichen gegen Gewalt zu setzen", sagen Marit und Sibel aus Hamburg. Die Gewalt ist Thema und alle, die wir sprechen, wenden sich ganz klar dagegen. Es dient nicht dem Zweck, ihre Vorschläge zu vertreten. Von wem die Gewalt zuerst ausging und wer reagiert hat, da gibt es viele Meinungen. Am Ende ist es so, dass die Medien nur darüber berichteten und all die positive Energie, die

konstruktiven Vorschläge, die überschäumende Kreativität bleiben Randnotiz.

Wir haben nach den Motivationen gefragt, hier mitzulaufen. Stefan aus Berlin sagt, er sei eigentlich garnicht so sehr gegen das Treffen der G20 gewesen, habe aber im Laufe der Gespräche der letzten Tage gesehen, dass eine Modifikation unseres Systemes dringend notwendig sei. "Unser politisches System ist zu hierarchisch. Es lässt keine Experimente zu. Neue Formen könnten auf lokaler Ebene ausprobiert werden. Werte wie Empathie und Nachhaltigkeit müssen gestärkt werden." Hingegen spricht sein Freund Florian von den G20 als Anachronismus: "Es gibt ein Gefühl von Zusammenhalt unter den Menschen und das System ist dazu nicht mehr kompatibel." Fanny von der Jugend gegen G20 spricht von "Abrichtung der Kinder" in der Schule, um ein funktionierender Teil des Systems zu werden. Sie fordert: "Menschlichkeit und Solidarität statt Profitmaximierung und Konkurrenzkampf. Es ist die Isolation durch den Kapitalismus, die uns trennt."

Ein Gefühl von Umbruch bewegt die meisten hier. Sie hoffen, die Veränderung in eine positive Richtung lenken zu können, denn "wir wissen, dass es das Gute

gibt" sagen Tibi und Thomas von der Interventionistischen Linken. Und tatsächlich ist dieser Zug voll von kleinen und großen Projekten, in denen friedliches Zusammenleben, gewaltlose Konfliktlösung, alternative Lebensformen, umweltgerechtes Leben und Solidarität mit allen Menschen auf dieser Erde aktiv gelebt werden. Bedauerlicherweise haben sie auch nach diesem Gipfel wieder das Gefühl, dass diese einem Großteil der Bevölkerung unbekannt bleiben, denn sie finden keinen Platz in den großen Medien.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail: johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/ticker/btip0012.html>

Liste der neuesten und
tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / FAKTEN / MELDUNG

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin
Nachricht vom 9. Juli 2017*

**Überwiegende Mehrheit der Deutschen lehnt
privaten Bau von Autobahnen ab**

Pressemitteilung von Gemeingut in BürgerInnenhand

Eine Volksabstimmung hätte die Privatisierung von Bau und Betrieb von Autobahnabschnitten nicht erlaubt: 63 Prozent der Deutschen sind gegen die gerade beschlossene Grundgesetzänderung, die das ermöglicht.

Die Mehrheit der Deutschen lehnt den privaten Bau von Autobahnen oder Teilabschnitten ab. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa, die Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) beauftragt hatte. Damit hat auch die gerade beschlossene Grundgesetz-Änderung, die "Öffentlich-Private Partnerschaften" für einzelne Teilstrecken erlaubt, in der Bevölkerung keine Mehrheit.

Die Umfrage hatte GiB in Auftrag gegeben, um zu prüfen, ob die Grundgesetzänderung der Großen Koalition tatsächlich einen breiten gesellschaftlichen Konsens abbildet. Die Demoskopien von Forsa ermittelten, dass zwar 49 Prozent der Befragten die Zentralisierung des Fernstraßenbaus befürworten, die Bundestag und Bundesrat ebenfalls beschlossen haben (34 Prozent sind dagegen). Den "Bau und Betrieb von Autobahnabschnitten durch private Unternehmen" lehnen dagegen fast zwei Drittel der Befragten ab: 63 Prozent sind dagegen und nur 27 Prozent dafür.

Die Sprecherin von "Gemeingut in BürgerInnenhand" Laura Valentukeviciute kommentierte das Ergebnis mit den Worten:

"Eine große Koalition kann einmal das Grundgesetz ändern, und der Bundesrat verhindert so was nicht mehr. Die Forsa-Umfrage zeigt: Eine Volksabstimmung hätte diese Privatisierung nicht erlaubt. Im Bundestag gibt es schon heute theoretisch eine Mehrheit für ein Ausführungsgesetz zu bundesweiten Volksabstimmungen. Nach der "Ehe für alle" muss jetzt endlich "Demokratie für alle" kommen. Damit endlich Schluss ist mit dem Ausverkauf unserer Daseinsvorsorge."

Link zu den Umfrageergebnissen:
https://www.gemeingut.org/wp-content/uploads/2017/07/2017-06-22_Forsa_Umfrage_Auto-bahnprivatisierung.pdf

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail: johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

Indien heizt Grenzstreit mit China gefährlich auf

Vom Chumbi-Tal geht die Gefahr eines Atomkriegs aus

(SB) 10. Juli 2017 - Seit Jahren sind die USA eifrig darum bemüht, Indien in ihre Eindämmungsstrategie gegenüber der Volksrepublik China zu integrieren, zur Aufgabe seiner traditionell neutralen Außenpolitik zu bewegen sowie aus der rüstungspolitischen Zusammenarbeit mit Rußland zu lösen. Zu diesem Zweck hat Washington während der Amtszeit von Präsident George W. Bush im Rahmen des sogenannten 1-2-3-Abkommens schlicht seine Verpflichtungen nach dem Nicht-Verbreitungsvertrag ignoriert und angefangen, zivile Nukleartechnologie an Indien zu liefern. Unter Barack Obama haben die USA 2016 Indien in den Rang eines "wichtigen Verteidigungspartners" ähnlich eines NATO-Mitglieds erhoben, um den Weg für den Export amerikanischer High-Tech-Waffen im großen Umfang an die indischen Streitkräfte freizumachen. Im Gegenzug stellte Indien seine Stützpunkte dem Pentagon zu logistischen Zwecken - Stichwort Afghanistankrieg bzw. Antiterrorkampf - zur Verfügung.

2014 hat die hinduchauvinistische Bharatiya Janata Party (BJP) unter der Führung von Narendra Modi die indischen Parlamentswahlen gewonnen. Ungeachtet der Tatsache, daß China längst zum größten Handelspartner Indiens avanciert ist, nimmt seitdem die Konfrontation zwischen den beiden bevölkerungsreichsten

Staaten der Erde spürbar zu. Modi hat eine Teilnahme Indiens an Chinas Seidenstraße-Initiative, genannt "One Road, One Belt (OBOR)", ausgeschlagen. Die Gespräche zwischen Neu-Delhi und Peking über eine Beilegung ihres ewigen Grenzstreits kommen nicht voran. Es geht hier um chinesische Besitzansprüche auf Teile des ostindischen Bundesstaates Arunachal Pradesh sowie die Besetzung des nördlichen Teils von Dschammu und Kaschmir am Himalaya durch die Volksrepublik. An beiden Grenzabschnitten haben sich China und Indien 1962 einen kurzen, aber heftigen Krieg geliefert. 1993 und 1996 haben beide Staaten schriftlich vereinbart, den De-facto-Grenzverlauf zu respektieren und die Regelung des Streits einer gemeinsamen Expertenkommission zu überlassen. Doch deren Arbeit tritt seit Jahren auf der Stelle, wodurch jederzeit ein kurzer Funke ein Inferno auslösen könnte.

Anfang Juni kam es zu einer Eskalation, als indische Soldaten mit chinesischen Armeepionieren, die in dem abgelegenen Chumbi-Tal eine Straße bauen, aneinandergerieten. Das Chumbi-Tal gehört zu Tibet und damit völkerrechtlich zu China. Es liegt im Westen zwischen Sikkim, einem einst unabhängigen Königreich, das Indien 1975 illegal annektierte, und im Osten Bhutan, das Neu-Delhi als eine Art indisches Protektorat betrachtet. Die Sorge

der Inder um den Straßenbau im Chumbi-Tal ist nicht ganz unbegründet. Eine ordentliche Straßenverbindung dort könnte der Volksarmee im Ernstfall die rasche Einnahme der schmalen Landzunge ermöglichen, die Westbengalen und das restliche Indien mit den nordostindischen Bundesstaaten Arunachal Pradesh, Assam, Nagaland, Manipur, Mizoram, Meghalaya und Tripura verbindet.

Die Inder begründeten den Vorstoß mit der Behauptung, die Chinesen hätten auf Territorium zu arbeiten begonnen, das eigentlich Bhutan gehöre. Gegen die Glaubwürdigkeit dieser Version spricht die Tatsache, daß Bhutans Regierung erst mehrere Tage nach der indischen Aktion Peking eine Protestnote wegen der vermeintlichen Grenzverletzung hat zukommen lassen. Es deutet alles darauf hin, daß Indiens Premierminister Modi eine gezielte Provokation inszeniert hat, um sich bei der schon länger geplanten Begegnung Ende Juni in Washington mit dem neuen US-Präsidenten Donald Trump als unerschrockener Widersacher chinesischer Machtambitionen zu präsentieren.

Die Rechnung ging natürlich auf. Beim zweitägigen Gipfeltreffen Trumps und Modis wurde zum Beispiel ein zwei Milliarden Dollar schwerer Verkauf von 22 amerikanischen Spähdrohnen des Typs Guardian vereinbart, die es

der indischen Marine ermöglichen sollen, von den Inselgruppen Andaman und Nicobar aus noch besser als zuvor die strategisch wichtige Straße von Malakka und damit den Zugang zum indischen Ozean für chinesische Kriegsschiffe und U-Boote zu kontrollieren. In den kommenden Tagen werden die Marinestreitkräfte der USA, Japans und Indiens ihr alljährliches Kriegsspiel im Indischen Ozean namens Malabar im Golf von Bengalen durchführen.

In Washington hat sich Trump für eine Vertiefung der "strategischen Partnerschaft" zwischen den USA und Indien nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich ausgesprochen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz hat sich Modi zur Freude Trumps die aggressive Haltung Washingtons gegenüber China im Streit um das Südchinesische Meer und gegenüber Nordkorea wegen dessen Atomwaffen- und Raketenprogramms zu eigen gemacht. Indien kooperiert seit einiger Zeit eng mit Vietnam. Während die vietnamesischen Streitkräfte Patrouillenboote und Raketen aus Indien im Wert von 500 Millionen Dollar erhalten, hat das indische Energieunternehmen ONGC Videsh von Hanoi Erkundungsrechte für Öl und Gas in einem Seegebiet zugesprochen bekommen, das innerhalb der von Peking beanspruchten Neun-Strich-Linie liegt und nach dessen Auffassung zur Ausschließlichen Wirtschaftszone (Exklusive Economic Zone - EEC) der Volksrepublik gehört.

Zum Glück waren die indischen und chinesischen Armeeangehörige, die im Chumbi-Tal aneinander gerieten, unbewaffnet. Folglich blieb die Auseinandersetzung beim Herumschubsen. Auf Tritte und

Schläge wurde auf Befehl der kommandierenden Offiziere von beiden Seiten verzichtet. Dafür gaben die Scharfmacher in den Hauptstädten furchteinflößende Sprüche von sich. Während der indische Armeechef General Bipin Rawat verkündete, Indiens Streitkräfte wären für "zweieinhalb Kriege" gerüstet und bereit - gemeint sind militärische Konflikte mit China und Pakistan bei der gleichzeitigen Niederschlagung irgendwelcher Aufstände einheimischer Rebellengruppen wie zum Beispiel der Naxaliten -, hieß es in einem Leitartikel der in Peking erscheinenden, staatlichen und englischsprachigen Global Times unter Hinweis auf die Niederlage Neu-Delhis beim letzten Grenzkrieg 1962, dem aufmüpfigen Indien solle eine "harsche Lektion" erteilt werden.

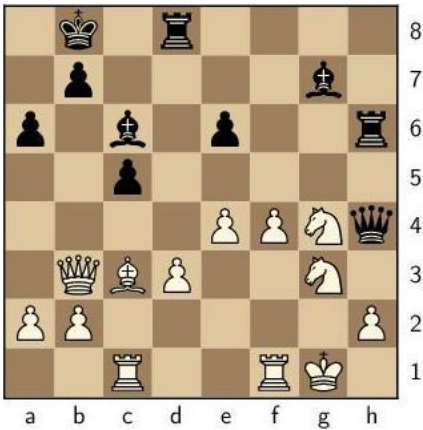
Modi und Chinas Staatspräsident Xi Jinping haben die Gelegenheit, die gemeinsame Anwesenheit beim G20-Gipfel in Hamburg dafür zu nutzen, den Zwischenfall im Chumbi-Tal zu den Akten zu legen, offenbar bewußt verstreichen lassen. Von einem Vier-Augen-Gespräch der beiden Männer an der Elbe ist nichts bekannt geworden. Im Chumbi-Tal stehen sich chinesische und indische Truppen weiterhin unversöhnlich gegenüber. Während sich die Aufmerksamkeit der westlichen Medien auf den Atomstreit zwischen Pjöngjang und Washington richtet, wird die Möglichkeit eines heißen Krieges zwischen den beiden Nuklearmächten China und Indien, zu dem die Grenzstreitigkeiten an den Ausläufern des Himalayas jederzeit ausarten können, ausgeblendet.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/asiae-863.html>

SCHACH - SPHINX

Schlachten mit Sleipnir

(SB) - Mythologiekundige werden natürlich wissen, daß Sleipnir der Name jenes achtbeinigen Hengstes war, mit dem der graue Alte, oberster Germanengott Odin, durch die Himmel ritt. Der Mythos schweigt sich in vielen Fragen bis heute aus. Der norwegische Meister Anker Aasum entmythologisierte Sleipnir dann auf seine Weise, indem er die Eröffnung 1.Sb1-c3 nach dem Götterhengst benannte in Anlehnung daran, daß ein Schachspringer gleich den acht Beinen von Sleipnir in bester Position acht Felder kontrollieren kann. In jahrelanger Kleinstarbeit sammelte Aasum alle Partien, die mit dem skurrilen Springerzug begannen, und schrieb schließlich sein Buch "Schlachten mit Sleipnir". Große Verbreitung findet die Eröffnung in den Turnierhallen nicht. Wegen ihrer Unausgeforschetheit greifen allerdings Fernschachspieler gerne auf 1.Sb1-c3 zurück. Auch der Feldherr Napoleon soll an diesem Zug Gefallen gefunden haben. Wen wundert's! Im heutigen Rätsel der Sphinx ritt der dänische Fernschachmeister Ekebjærg auf Sleipnir eine Attacke gegen den Italiener Porreca. Schon nach wenigen Zügen gewitterte es auf dem Brett; Blitze schlugen ein, als Sleipnir nach einem langen Sb1-c3-e2-g3-h1-f2-Ritt zuletzt 1.Sf2-g4 zog, Odins Festung zu schützen. Der Italiener vergriff sich an Sleipnir nunmehr mit 1...Dh4xg4? und verlor, Wanderer.



Ekebjærg - Porreca
Fernpartie 1982

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Ei, viel war mit 1...Dd4-g1+ leider nicht zu erringen. Nach 2.Ke1-d2 Dg1-d4+ - 2...Dg1xa1 3.Se4-f6+ - 3.Kd2-e2 Dd4xb2+ 4.Ke2-d3 Te8xe4 5.Kd3xe4 Db2xa1 gab Schachfreund Busquets sogleich auf, denn die Agonie des verlorenen Endspiels nach 6.Df5-c8+ nebst 7.Dc8xc7+ wollte er sich dann doch nicht antun.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06257.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

POLITIK / WIRTSCHAFT / ARBEIT

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko: Wachsendes Lohngefälle zu anderen autoproduzierenden Ländern

(Mexiko-Stadt, 07. Juli 2017, *poonal*) - Nach einer Untersuchung der Autonomen Metropolitanen Universität (UAM) und dem Zentrum für Arbeitsforschung und Gewerkschaftsberatung (Cilas) verdienen die Beschäftigten in der mexikanischen Autoindustrie immer weniger als ihre Kolleg*innen anderen Ländern.

Bei gleich geleisteter Arbeit und gleicher Produktivität ist demnach der Lohn in Südkorea inzwischen um das 3,3-fache höher als in Mexiko, in Japan um das 4,5-fache. In Deutschland wird laut der Untersuchung 7,6-mal mehr Lohn in der Autoindustrie gezahlt. Die Arbeitskosten insgesamt sind nach den Ergebnissen der Studie in der Autoindustrie der USA und Kanadas fast fünfmal so hoch, und selbst in Brasilien um das 2,6-fache höher.

Dies erkläre den Boom der Autoindustrie in Mexiko, so die Autor*innen. Neben den Lohnbedingungen führen sie einen "angeblichen Arbeitsfrieden", sowie ein "perverses von absoluter Simulation bestimmtes Gewerkschafts- und Vertragsmodell" an, das die Kontrolle der Arbeiter*innen zugunsten der Multis sicherstelle, für die Präferenz der Autobauer bezüglich des Standortes Mexiko an.

Zu dieser Situation führten sogenannte Schutzverträge, die meistens mit dem Gewerkschaftsdachverband CTM und oft noch vor dem Bau einer Autofabrik abgeschlossen würden.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/mexiko-wachsendes-lohngefalle-zu-anderen-autoproduzierenden-laendern/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188,
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonaal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwar2703.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Temers Ex-Minister Geddel Vieira Lima wegen Justizbehinderung in Haft

(Caracas, 03. Juli 2017, telesur)
- Laut Informationen der brasilianischen Bundesstaatsanwaltschaft wurde Geddel Vieira Lima, ehemaliger Minister für legislative Fragen in der brasilianischen Regierung, am 3. Juli 2017 wegen des Vorwurfs der Justizbehinderung in Bahia verhaftet.

Cunha und Funaro sollten nicht weiter aussagen

Die Staatsanwaltschaft wirft Vieira Lima vor, Schritte unternommen zu haben, um die sogenannte Operation Lava Jato (Autowäsche) zu behindern. Der ehemalige Minister aus der Regierung von Michel Temer musste bereits im November 2016 aufgrund von Vorwürfen der Vorteilsgewährung zurücktreten.

In der Verlautbarung der Staatsanwaltschaft heißt es, dass Geddel Vieira Lima versucht habe, dafür zu sorgen, dass der ehemalige Vorsitzende der Abgeordnetenkammer, Eduardo Cunha, und der Börsenmakler Lúcio Funaro, beides führende Köpfe der Korruptionsaffäre Lava Jato, sich juristisch nicht auf die Preisgabe weiterer Informationen einigten.

Korruptionsnetzwerk bei der Bank CEF aufgedeckt

"Ziel von Geddel sei gewesen zu verhindern, dass der ehemalige Vorsitzende der Abgeordnetenkammer, Eduardo Cunha, und der Börsenmakler Lúcio Funaro eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit unterschrieben", heißt es in dem Text weiter. Ebenso habe Vieira Lima "sich dafür eingesetzt sicherzustellen, dass [Cunha und Funaro] unzulässige Vorteile erhalten", so das Dokument schließlich.

Der Staatsanwaltschaft zufolge würden Vieira Lima und Cunha verdächtigt, Teil eines Korruptionsnetzwerks gewesen zu sein, das bei der Bank Caixa Econômica Federal (CEF) aufgedeckt worden sei.

"Unzulässige Vorteile"

"Cunha und Geddel sorgten dafür, dass Ressourcen in verschiedenen CEF-Abteilungen an Unternehmen freigegeben wurden, die wiederum nach Erhalt den beiden sowie weiteren Teilnehmern des Netzwerks unzulässige Vorteile zukommen ließen", heißt es im Dokument.

Ende Juni hatte der Generalstaatsanwalt Rodrigo Janot De-facto-

Präsident Michel Temer auf Grundlage einer von Joesley Batista erstellten Aufnahme der passiven Korruption beschuldigt. Aufgrund dessen, dass er sich das Schweigen von Eduardo Cunha vermeintlich erkaufte, könnte Temer auch wegen des Versuchs der Justizbehinderung sowie der Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt werden.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/brasilien-temers-ex-minister-geddel-vieira-lima-wegen-justizbehinderung-in-haft/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188,
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00204.html>

BUCH / ROMANE / REZENSION

"Ein Tag wie morgen"

Kleine Geschichten

von Helmut Barthel

(SB) - Einige Wochen später - Donald hatte den Vorfall jenes Abends längst vergessen - bekam er einen gewaltigen Schreck, als er zum Dienstbeginn den Kontrollraum betrat. Intuitiv überschaut er in wenigen Sekunden alle Instrumente. Dabei sah er, daß der Geigerzähler reagierte. "Habt ihr schon Alarmstufe 2 gegeben?" Er sprach wie ein Automat und registrierte verwundert die verächtliche Reaktion seiner Kollegen. Sie hielten es für nötig, ihn darüber aufzuklären, daß der Werkdirektor schon den ganzen Tag davon wisse und mit dem technischen Mitarbeiterstab beschlossen hätte, überhaupt nichts zu unternehmen. ("Der GAU", Seite 18-19)

Zum Teil bereits in den 70er Jahren entstanden, entführen diese Geschichten aus dem Bereich der Social- und Science-Fiction, der Phantastik und der politischen Satire trittsicher mit unabweislicher Präzision in die Wirklichkeit menschlichen Handelns. Von einem Abenteuer in den nächsten Zweifel gestürzt, wirft man bei der Lektüre einen hoffnungsfreien Blick auf die eigene Lebensrealität und ihre Konsequenzen. Unerwartet beginnen und enden die Geschichten, im Raum dazwischen verschwindet der Leser zeitweilig so gebannt in ihrer Welt, daß er für Momente die sichere Position des Zuschauenden verliert und sich ähnlich betroffen

fühlt wie die jeweiligen Protagonisten. Auf Erkenntnis folgt neue Ungewißheit, Wissen stürzt in tiefe Verwirrung - der Weg führt auf unbekanntes Terrain. Nicht alles ist so, wie es auf Anhub scheint, könnte man noch hinzufügen, bleibt jedoch mitten in diesem Gedanken stecken, weil der Gehalt dieser auf ungewöhnliche Weise entrollten Erzählungen unerträglich den verharmlosenden Schleier von den alltäglichen Begebenheiten nimmt.

Ogleich Fiktion, ist hier nichts erfunden: Oder muß man sich noch die Frage stellen, wie eine Welt entstehen konnte, in der Menschen voneinander räumlich isoliert, in eine bequeme Haltung gebettet vor einer Schalttafel schweben, die per Tastendruck Myriaden Möglichkeiten des Spiels und der Kontaktaufnahme über Gedankenassoziationen und Sinneseindrücke ermöglicht? In der sich roboterbetreut die Notwendigkeit körperlicher Beweglichkeit so sehr erübrigt, daß sie zu anstrengend wird und dem einzelnen kaum noch in den Sinn kommt? In dieser auf sensorische Reize abgestimmten, deprivierenden Welt macht sich Fokus auf die Reise in ein so furchterregendes wie unabsehbares Abenteuer: den Weg zum anderen Menschen.

Wie weit entfernt ist eine auf wissenschaftliche Rationalität und

Helmut Barthel

"Ein Tag wie morgen"
Kleine Geschichten

MA-Verlag, Stelle-Wittenwuth 2017
Paperback
172 Seiten
9,00 Euro
ISBN 978-3-925718-37-3

Menschenwürde gegründete Gesellschaft, in der der Fortschritt randständig gewordenen Menschen, die dem Bildungs- und Logikideal der modernen Zeit nicht entsprechen, den mit glückseliger Entschlossenheit selbstgewählten Tod "ermöglicht"? Oder der GAU in einem Atomkraftwerk der besonderen Art - der eingehetzten Bombe -, der als so unmöglich gilt, daß man sich unter Umgehung des Erfinders dieser Form von Energiegewinnung die geplante Ernstfallsicherung spart? Die Geschichte wurde 1972 geschrieben, ist man heute schlauer?

Medizinischer Fortschritt verhindert in der allzu realitätsnahen Satire, daß die "Solidargemeinschaft" Schaden erleidet; ein Asylbewerber nimmt die westlichen Werte zu ernst, die seinem Heimatland fehlen, und endet abgelehnt als "Neidprediger"; der Tatbestand der Verweigerungsdelinquenz in Sachen Terrorabwehrbewußtsein dient der Beseitigung der letzten Aufrechten; ein Chemiekonzern kondoliert zu Todesfällen und bedauert, zu Wiedergutmachungsleistungen noch nicht verpflichtet gewesen zu sein; eine IGITT-Metall führt sich selbst ad absurdum...

"Gleiches Licht für alle" ist Science-Fiction und Parabel zugleich, in der auf eine ganz eigene Weise ein Versuch, die

Menschheit (vor sich selbst) zu retten, beschrieben wird, der so kurzgeschlossen wie erhellend - oder vielleicht besser: erfinsternd - scheitert.

Zunehmend rätselhafter und zwingend verläuft die Begegnung des mit seinem Leben unzufriedenen, gelangweilten Malergesellen Christian mit dem Unerklärlichen. Er manövriert sich trotz aller Warnungen eines geheimnisvollen Fremden in eine Lage, aus der er, gleich, was er, verhaftet in seinen Vorstellungen, unternimmt, nicht mehr zurückkehren kann. Um hier auf der Spur zu bleiben, muß man schon genauer lesen und versteht möglicherweise die Parallele.

Als Christian den Schrank betrat, sah er den langen Gang. Dicht nebeneinander waren an beiden Seiten des Ganges Türen zu sehen. Ralph, der einige Schritte vorausgegangen war, drehte sich um und sagte bedeutungsvoll: "Hinter jeder Tür ist jemand steckengeblieben." Angestrengt überlegte Chris. Was hatte das schon wieder zu bedeuten? Dann überwältigte Christian die Erkenntnis. ("Langeweile", Seite 114)

Ein Schlafanzug unter dem Baum der Erkenntnis kann gewiß nichts Gutes bedeuten. Die Ereignisse im Garten Eden rund um Sündenfall und Vertreibung aus dem Paradies beleuchten neu erzählt den Anteil eines Priesters am Verlust der Unschuld des Menschen und dem Einzug von Trennung und Inbesitznahme. Beschämt und in tiefe Gewißheiten gestürzt, quittiert er den Dienst.

Warum ist Boddhidarma nach China gekommen? Diese alles

entscheidende Frage wird in der gleichnamigen Parabel grundgeklärt. Ein buddhistischer Meister geht nach seinem Tod auf eine erkenntnisreiche Reise. Nein, es ist nicht boshaft, sondern einfach im tiefsten Sinne zugewandt, wenn der Autor den Erhabenen als einen Menschen beschreibt, der mit rauschhaften, ekstatischen Schwüngen seinen Verbleib im Inneren eines Radgeflechtes lebendiger Bänder sichern muß, die die herrlichsten Formen und Zeichen bilden und den Betrachter in immer tiefere Geheimnisse einweihen. Und wenn das traurige Auge des Reisenden auf eine braune, düstere Ebene gelenkt wird, auf der

die Heiligen, Yogis und Asketen in charakteristischer Pose verharren. Nun, das ist glücklicherweise nicht das Ende der Erzählung...

Keinesfalls wurde zuviel verraten, denn die Geschichten sind in Verlauf, Erzählweise und inhaltlichen Wendungen so ideenreich und überraschend, daß sich weder Absehbarkeit einstellt noch der Leser sich an gewohnter Stelle wiederfindet. Wenn es denn Sinn macht, sich in ein Buch zu vertiefen, dann hier.

<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/romane/buror158.html>

Inhalt Ausgabe 2247 / Dienstag, den 11. Juli 2017

- 1 BÜRGER - TICKER: G20 Demos - Höllenszenen ... (Pressenza)
- 3 TICKER: G20 Demos - vom Ansinnen des Protestes nicht ablenken ... (Pressenza)
- 4 BÜRGER: Überwiegende Mehrheit der Deutschen lehnt ... ab (Pressenza)
- 5 POLITIK - REDAKTION: Indien heizt Grenzstreit mit China gefährlich auf
- 6 SCHACH-SPHINX: Schlachten mit Sleipnir
- 7 WIRTSCHAFT: Mexiko - Wachsendes Lohngefälle zu anderen ... Ländern (poonal)
- 8 RECHT - FAKTEN: Brasilien - Temers Ex-Minister Geddel Vieira Lima wegen Justizbehinderung in Haft (poonal)
- 9 BUCH - ROMANE: Helmut Barthel - Ein Tag wie morgen (Erzählungen)
- 10 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 11. Juli 2017

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 11. Juli 2017

+++ Vorhersage für den 11.07.2017 bis zum 12.07.2017 +++



© 2017 by Schattenblick

Westwind, starke Böen, Regen, Schauer und Gewitter auch laden Jean, sich hinzulegen für die Dusche auf den Bauch.